

Dringliche Anfrage Jacqueline Theiler und Mit. über die Folgen einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative

eröffnet am

Am 9. Juni 2024 stimmt die Stimmbevölkerung über die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP ab. Die Initiative verlangt, dass die Prämien für die Grundversicherung nicht mehr als 10% des verfügbaren Einkommens übersteigen dürfen. Sonst müssen Bund und Kantone mit Prämienverbilligungen, mit je 2/3 und 1/3, einspringen. Gemäss dem Bundesamt für Gesundheit, könnte dies zu jährlichen Mehrausgaben in der Höhe von 3,5 bis 5 Milliarden Franken führen.

Die Kantone sind für die Gesundheitsversorgung verantwortlich. Die Initiative hätte somit weitreichende Konsequenzen für den Kanton Luzern. Beispielsweise hätte gemäss Bundesamt für Gesundheit die Prämieninitiative über 100 Mio. Franken Mehrkosten für den Kanton Luzern zur Folge.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Von welchen Mehrkosten geht der Kanton Luzern bei Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative aus?
2. Wie gedenkt der Kanton die Zusatzkosten zu finanzieren? Sind Sparmassnahmen notwendig?
3. Mit einer bundesweiten Deckelung bei zehn Prozent des verfügbaren Einkommens blendet die Initiative kantonale Unterschiede aus und gefährdet den Föderalismus. Wie ist der Regierungsrat einer wachsenden Zentralisierung des Gesundheitswesens durch eine Annahme der Initiative gegenüber eingestellt?
4. Wie steht der Regierungsrat unter diesen Voraussetzungen zur Prämien-Entlastungsinitiative?
5. Von welchen Mehrkosten geht der Regierungsrat beim indirekten Gegenvorschlag aus?